

Aus der Gemeinderatssitzung am Montag, 21.11.2016

TOP Ö 1

Anfragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger

Herr Waber sagte, dass vor ca. dreieinhalb Jahren zur Gemeinderatswahl im Programm der CDU stand, die „rechts-vor-links“-Regelung in der Hauptstraße abschaffen zu wollen. Bisher habe er noch keine genau Antwort erhalten und fragte, wie der aktuelle Stand vor dem Verwaltungsgericht sei und ob er den Namen der Klägerin erfahren könne. BGM Drescher sagte, dass derzeit eine Stellungnahme des Regierungspräsidiums abgewartet werden muss. Nach Auffassung der Gemeinde soll die Tempo 30-Regelung bestehen bleiben. Den Namen der Klägerin kann er aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht nennen. Herr Waber fragte weiter, ob es einen konkreten Zeitrahmen für ein Ergebnis gibt? BGM Drescher sagte, dass das Schreiben nun an das Regierungspräsidium versandt wird und er mit einer behördenüblichen Antwortdauer von ca. 6 Wochen rechnet. Da die erforderlichen Markierungen im Winter aber nicht auf die Straße aufgebracht werden können, ist mit einer vollständigen Umsetzung wohl erst im Mai 2017 zu rechnen. Herr Waber stellte die weitere Frage, wann die beiden geplanten Kreisverkehre auf der Schwetzingen Straße im Jahr 2017 gebaut werden sollen und ob sie gemeinsam gebaut werden? BGM Drescher sagte, dass der Gemeinderat sich in bevorstehender Klausur auch mit diesem Thema befassen wird, aber während der Baumaßnahmen am Caritas-Zentrum dort kein Kreisverkehr gebaut werden soll. 2017 werden noch keine Bauarbeiten an einem Kreisverkehr beginnen können.

TOP Ö 2

Ganzheitliches Betreuungskonzept

Aufgrund aktueller Bedarfserhebungen und der weitgreifenden Bedarfsplanung wird die Notwendigkeit eines **„Ganzheitlichen Betreuungskonzeptes“** in Plankstadt deutlich. Damit sollen Familien und Alleinerziehende eine verlässliche Grundlage erhalten, um Beruf und Betreuungsbedarf für ihre Kinder lückenlos vereinbaren zu können. In der neuen Bedarfsplanung sollen auch schwer zu beziffernden Veränderungen möglichst berücksichtigt werden.

Schule:

Die Raumnot in der Friedrichschule bedingte den Beschluss, die auf dem Schulgelände befindlichen Gemeindefunktionen für die Mittagsverpflegung und Kernzeitbetreuung umzugestalten. Die Suche nach kurzfristigen alternativen Lösungen geht weiter. Ziel ist es wenigstens das Mittagessen in der Nachmittagsbetreuung in anderen Räumen unterzubringen, um die Räume der Schule für die Kernzeitbetreuung besser nutzen zu können. Hier führt die Gemeinde erneut den Dialog mit der evangelischen Kirchengemeinde, ggf. deren an das Schulgelände angrenzende Räumlichkeiten mitnutzen zu können. Die Sporthalle der Friedrichschule wird seit diesem Schuljahr an drei Tagen die Woche für die Kernzeitbetreuung mitgenutzt.

Im Zuge der Einführung der Ganztagschule in Wahlform zum September 2017 verändert sich die Schullandschaft in Plankstadt grundlegend. Ziel ist es, die Erstklässler zukünftig möglichst gleichförmig auf beide Schulen zu verteilen. Die Auswirkungen auf die Betreuungssituationen wurden von den Verantwortlichen neu überdacht und in unterschiedlichen Gremien wie auch mit den Eltern wiederholt diskutiert.

Kindergarten:

Der Bauantrag zum Projekt „Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen des St. Martin Kindergartens“ liegt uns seit wenigen Tagen vor. Es ist jedoch zumindest denkbar, dass sich die Baumaßnahmen beispielsweise aufgrund nachteiliger Witterungsbedingungen verzögern könnten. Dies wäre in unserer Situation sehr nachteilig, da der Zeitrahmen für die Baumaßnahmen von vorneherein knapp kalkuliert ist und zumindest die zusätzlichen Ganztagesplätze mehr als dringend benötigt werden.

Parallel gibt es im Postillion-Kindergarten, der aktuell mit 4 Plätzen überbelegt ist, zum 1.9.2017 wegen Zurückstellungen voraussichtlich keinen freien Platz für nachrückende Geschwisterkinder.

Krippe:

Der Rechtsanspruch besteht für alle Kinder ab 1 Jahr. Derzeit sind die Krippenplätze bei uns in Plankstadt bis auf 1-2 Plätze ausgelastet. Ein möglicher Lösungsansatz ist der Ausbau der Tagespflege. In Plankstadt gibt es aktuell nur eine Tagesmutter, die max. 5 Kinder U3 betreut. In der Gemeinde Brühl begegnet man aktuell dieser Situation mit dem neuen Programm **„Tiger“ (Tagespflege in geeigneten Räumen)**. Bei diesem neuen, innovativen Konzept bestehen u.a. folgende Vorteile: Die Tagespflege findet für bis zu 9 Kinder mit drei bei einem Träger festangestellten Tagespflegepersonen statt. In der Tagespflege besteht eine hohe Flexibilität

mit einer höheren Mitbestimmung der Eltern beim individuellen Konzept für ihr Kind. Die einmaligen Einrichtungskosten werden vom Regierungspräsidium pauschal gefördert mit 3.000 € je Kind bei einem Eigenanteil von 33,3 % der Gemeinde. Der Zeitvorlauf liegt erfahrungsgemäß bei ca. 5-6 Monaten bis zur Inbetriebnahme. Der Rhein-Neckar-Kreis gewährt laufende Zuschüsse (4,50 € bei Ü3 und 5,50 € bei U3 je Betreuungsstunde je Kind). Die Verwaltung schlägt vor, zeitnah einen Konzeptvorschlag und einen Finanzierungsrahmen entsprechend der o.g. Angaben mit einem geeigneten Träger zu entwickeln.

Zu dem TOP waren Rektorin Mellentin, Rektor Emmerich und Herr Lenz (Postillion e.V.) anwesend.

GR Jutta Schuster (CDU) fragte, wie viele Kinder, die nicht in Plankstadt wohnen, betreut werden? BGM Drescher sagte, dass man die Anfrage genau beantworten wird, aber schon ausgesagt werden kann, dass ca. 50 Kinder aus Plankstadt in anderen Kommunen betreut werden.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) fragte, wie viele Flüchtlingskinder in Plankstadt schon betreut werden und wie man sich die Verteilung vorstellt? Frau Mehrer sagte, dass derzeit keine Kinder betreut werden. BGM Drescher sagte, dass man unter Berücksichtigung des tatsächlichen Wohnortes der Kinder eine gleichmäßige Belegung aller Einrichtungen anstrebt.

Frau Mellentin stellte dem Gremium das Betreuungskonzept an der Humboldtschule vor.

Herr Emmerich stellte dem Gremium die Konzeption der Friedrichschule vor.

BGM Drescher sagte, dass der ev. Kirchengemeinderat der Nutzung des Gemeindehauses noch zustimmen muss.

GR Thomas Burger (GLP) sprach die Kosten für die Betreuung an der Humboldtschule an. BGM Drescher sagte, dass diese noch näher vorgestellt werden.

GR Jutta Schuster (CDU) sprach an, dass die zeitlich geringere Kernzeit nun teurer wird und die längere Hortbetreuung aber günstiger? Frau Mehrer sagte, dass dies dem Berechnungsfaktor geschuldet sei.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) sagte, dass man die Betreuung schon um 7 Uhr starten solle. BGM Drescher sagte, dass man den tatsächlichen Bedarf abwarten muss, dies aber denkbar ist.

GR Sigrid Schüller (GLP) fragte, in welcher Klassenstufe die Friedrichschule noch 3-zügig sei? Herr Emmerich sagte, dass dies die aktuelle 3. Klasse betreffe.

GR Dr. Felix Geisler (SPD) fragte, wie die Perspektive beim Abenteuerhort sei und ob es eine Betriebsgarantie für die angemeldeten Kinder gebe? BGM Drescher sagte, dass man die Entwicklung genau beobachten muss. Herr Lenz sagte, dass im nächsten Schuljahr 15 Kinder angemeldet sind und man sehen müsse, was sich durch das neue Betreuungskonzept ergebe.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) fragte, wie es zu dem Sinneswandel bei der ev. Kirche kam? BGM Drescher sagte, dass man nicht von einem Sinneswandel sprechen kann. Es kommen andere Fakten und Gegebenheiten und ein anderes Belegungskonzept zum Tragen.

GR Jutta Schuster (CDU) fragte, ob die vorübergehende Containerlösung für das Kindergartenjahr 2017/2018 sei, was von BGM Drescher bestätigt wurde.

Sie sagte weiter, dass dieses Jahr eine sehr umfangreiche Vorlage vorgelegt worden sei. In Plankstadt werde ein optimales Angebot bereitgestellt. Aufgrund der Krippenstruktur und der Anforderungen der Arbeitswelt steige die Nachfrage der jungen Familien. Auch die Schulen in Plankstadt seien zukunftsfähig aufgestellt. Der Ausbau der Tagespflege sei aus Sicht der CDU ebenfalls sinnvoll. Sie gab die Zustimmung der CDU, verbunden mit dem Hinweis, dass es gut sei, dass ein runder Tisch mit allen Beteiligten stattfindet.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) fragte, ob es gewährleistet werden könne, dass der Umbau des St. Martin Kindergartens wie geplant fertig sei? BGM Drescher sagte, dass beide Architekten derzeit versichern, dass der Umbau fertig sein wird. Breitenbücher sagte weiter, dass die Containeranlage auch bei der Castelnau-le-Lez-Anlage in direkter Nähe zum Kindergarten und Spielplatz aufgestellt werden könne. Sie fragte, wie schnell eine Containerlösung realisiert werden könne und wann es eine verbindliche Zusage für die Ganztagschule geben werde? BGM Drescher sagte, dass der Kindergarten am Pestalozziweg voll ist und hier eine Notwendigkeit besteht. Frau Mellentin sagte, dass spätestens bis Ende März 2017 eine Zusage vom Regierungspräsidium vorliegen müsste. Breitenbücher sagte, dass es an der Humboldtschule mit dem zweiten Eingang zum Hauptschulgebäude Sinn machen würde einen Raum für eine Notgruppe zu belegen und fragte, ob durch das zitierte Gerichtsurteil Schwierigkeiten für die Gemeinde zu befürchten seien? BGM Drescher sagte, dass man die Humboldtschule auch angedacht habe, hier aber auch eine Betriebserlaubnis des KVJS benötigt, der dies sehr restriktiv handhabt. Er riet unbedingt einen „Puffer“ bei den Betreuungsplätzen einzuplanen, da durchaus Schwierigkeiten für die Gemeinde entstehen könnten. Breitenbücher sagte, dass es wichtig sei, die Tagesmütterbetreuung mehr in den Focus zu rücken. Man solle die Unterbringung einer Übergangsgruppe im Hauptschulgebäude der Humboldtschule prüfen und vorrangig betrachten. Man solle seitens der Verwal-

tung ein Infoblatt zu dem TigeR-Modell erstellen und eventuell dann auch einen größeren Zuschuss im Gemeinderat beschließen. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Dr. Felix Geisler (SPD) sagte, dass es ein umfangreicher TOP sei und man folglich nicht zu allen Punkten ein Statement abgeben könne. Doppelte Berufstätigkeit sei bei Eltern mittlerweile Usus und das vorgelegte Konzept zeige eindeutig in die richtige Richtung. Es gebe eine leicht ansteigende Geburtenrate bei einer leicht ansteigenden Betreuungsquote in Plankstadt. Mit dem zentralen Vergabeverfahren will man eine höhere Vergabegerechtigkeit erreichen und bessere Planungssicherheit gewährleisten. Er lobte die vorausschauende Planung mit Containerlösung. Die Verlässlichkeit für die Planung müsse bei den Eltern wieder hergestellt werden. Beide Schulen müsse man gleichberechtigt entwickeln und die Elternbeiträge nochmals auf ihre Höhe hin überprüfen. Er gab die Zustimmung der SPD.

GR Thomas Burger (GLP) sagte, dass die GLP bereits im Januar 2015 gefordert habe, alle Beteiligten an einen runden Tisch zu bringen. Nun werde das Thema endlich ganzheitlich betrachtet. Der Bedarf an Betreuungsplätzen werde kontinuierlich bestehen und im Ganztagesbereich sei man von einem deckenden Bedarf weit entfernt. Die Friedrichschule entspreche genauso wie die Humboldtschule mit den vorgestellten Konzepten dem Bedarf der heutigen Zeit. Man biete den Eltern Einiges, könne aber natürlich nicht jeden Wunsch befriedigen. Ein großes Problem sei immer noch bei den unterschiedlichen Schließtagen. Die Containerlösung sei fast perfekt und man hoffe, dass die Vorhaben auch alle umgesetzt werden können. Er gab die Zustimmung der GLP.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass es sich hier um eine Sammlung der Arbeit, die der Gemeinderat unter dem Amtsvorgänger gesammelt habe handle. Es sei eine Leitlinie oder Richtlinie, aber noch keine konkrete Systematisierung erkennbar. Die Tagespflege auszubauen finde Zustimmung. Man habe aber immer noch keine überzeugende Analyse gebracht, warum das Dachgeschoss der Friedrichschule nicht ausgebaut werden könne. Er gab die Enthaltung der ALP.

TOP Ö 3

Zuschussanträge von Vereinen zu außerordentlichen Vorhaben für das Jahr 2017

Vereine mit Sitz in Plankstadt konnten bis zum 30.9.2016 Anträge auf Zuschüsse für außerordentliche Vorhaben im Jahr 2017 stellen. Hierbei ist zu beachten, dass Instandhaltungs-/Instandsetzungs-Aufwendungen nicht förderfähig sind.

Die Verwaltung hat sich entschieden, sämtliche Anträge bereits jetzt auf die Tagesordnung der November-Sitzung zu nehmen, damit die Vereine ihre Maßnahmen früher umsetzen können.

TOP Ö 4

Beantragung Zuschüsse aus dem Kommunalinvestitionsfördergesetz (KInvFG) und Zuwendung zur Förderung des Feuerwehrwesens (Z-Feu)

Per Zuwendungsbescheid vom 7.1.2016 hat die Gemeinde für die Anschaffung eines Feuerwehrfahrzeugs (HLF-20) **258.715,64 € aus dem KInvFG bewilligt bekommen.**

Der zusätzlich beantragte Zuschuss nach dem Z-Feu für die Beschaffung eines HLF 20 wurde abgelehnt. Abhängig von den tatsächlichen Kosten wird **bei Bezuschussung mit einem Zuschuss von 90.000 €** gerechnet. Nach der Ablehnung erfolgte eine erneute Antragstellung auf eine Bezuschussung nach dem Z-Feu mit gleichzeitiger Beantragung zur förderunschädlichen vorzeitigen Beschaffung.

Die Gemeindeverwaltung wurde vom Regierungspräsidium Karlsruhe gebeten, einen Änderungsantrag zu stellen und andere Maßnahmen nach dem KInvFG anzumelden, da im gegenwärtigen Verfahrensstand nicht absehbar ist, ob das Bundesministerium für Finanzen den Erwerb von Fahrzeugen als förderfähig ansehen wird. Daher möchte die Verwaltung **den KInvFG-Zuschuss in Höhe von 258.715,64 € für die Erweiterung und Sanierung des St. Martin Kindergartens einsetzen.** Der voraus. Zuschuss der Gemeinde an die Kirchengemeinde beläuft sich bei voraus. Kosten von 1,08 Mio. € auf 760.000 € abzgl. des Förderbudget in Höhe von 258.715,64 €.

Im Haushaltsplan 2017 sind für diese Anschaffung 500.000 € eingestellt. Das Feuerwehrfahrzeug soll auf jeden Fall angeschafft werden; abhängig von den Zuschussaussichten nach dem Z-Feu evtl. jedoch später.

TOP Ö 5

Neubau Flüchtlingsunterkunft Neurott

-Vergabe Lieferung und Montage von Küchen

Für den Neubau der Flüchtlingsunterkunft im Neurott wurde die Lieferung und Montage von 12 Einbauküchen ausgeschrieben. Die Ausstattung der Küchen beinhaltet Spüle, Elektroherd, Kühlschrank mit Gefrierteil sowie Abstellmöglichkeiten in Hänge- und Unterschränken. Die Ausstattung und Qualität der Küchenzeile berücksichtigt die besonderen Anforderungen an technische Einrichtungen in Flüchtlingsunterkünften.

5 Firmen wurden zur Abgabe eines Angebots aufgefordert. Zum Submissionstermin am 02.11.2016 lagen 3 Angebote vor, die von Architekt Lerche geprüft wurden. Fa. Geiß GmbH aus Eschelbronn hat mit 27.489,00 € **das wirtschaftlichste Angebot abgegeben.**

Die Firma ist sowohl dem Architekten als auch dem Bauamt als leistungsfähig und zuverlässig bekannt. Im Rahmen eines Vergabegesprächs am 08.11.2016 wurde der Angebotsinhalt mit dem Bieter nochmals erörtert und hierbei die Auskömmlichkeit des Angebotspreises bestätigt. Einer Auftragsvergabe an Fa. Geiß steht aus Sicht der Verwaltung und des Architekten nichts im Wege.

Die Kosten für die Küchen wurden in der Kostenberechnung mit 48.000 € veranschlagt. Im Rahmen der Abstimmung des Belegungskonzeptes zur Anschlussunterbringung mit dem Landratsamt wird die Verwaltung die entstehenden Kosten als Teil der Erstausrüstung geltend machen.

TOP Ö 6

Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Industriegebiet Jungholz – Bereich West“

-Beschluss über die Entwurfsunterlagen und die förmliche Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Der Gemeinderat hat am 14.12.2015 die Teiländerung **des Bebauungsplanes „Industrie- und Gewerbegebiet Jungholz im Bereich West“** und die **Aufstellung örtlicher Bauvorschriften zu diesem Bebauungsplan** beschlossen.

In der Gemeinderatssitzung am 13.06.2016 wurde der Tagesordnungspunkt wegen noch offener Fragen zum Verlauf der neuen Erschließungsstraße in den Ausschuss für Umwelt-, Technik- und Bauangelegenheiten verwiesen.

In der Sitzung des Ausschusses am 07.11.2016 wurde die Entwurfsplanung vom Geschäftsführer des mit der Planung beauftragten Ingenieurbüros MVV Regioplan GmbH aus Mannheim, Herrn Dr. Alexander Kuhn nochmals vorgestellt und die offenen Fragen geklärt. So ist der leicht abgelenkte Verlauf der Erschließungsstraße in Verlängerung der Brauereistraße der Bildung eines möglichst großen, quadratischen Baugrundstücks geschuldet.

TOP Ö 7

Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften zur Schaffung von preisgünstigem Wohnraum im Gewann „Antoniusweg links“

-Aufstellungsbeschluss

Das Gewann „Antoniusweg links“ zwischen Antoniusweg und Brühler Weg ist im aktuellen Flächennutzungsplan als Fläche für die Landwirtschaft ausgewiesen; durch den Neubau der B 535 und die umgebenden Wohnbauflächen für die Landwirtschaft aber nicht mehr optimal nutzbar.

Die gute Verkehrsanbindung und die Nähe zu Einkaufsmöglichkeiten in Plankstadt und Schwetzingen sprechen ebenfalls für eine Wohnbauentwicklung in diesem Bereich.

Aufgrund der am Ende des Antoniusweges und des Brühler Weges bereits vorhandenen Geschosswohnungsbauten ist in diesem Bereich der Neubau weiterer Mehrfamilienwohnhäuser auch städtebaulich vertretbar. Für eine gute Durchmischung sollen auch kleinere Reihen- und Doppelhausgrundstücke gebildet werden.

Das Plangebiet ist deutlich kleiner als das in der Gemeinderatssitzung am 25.01.2016 vorgestellte Gebiet für die Westranderweiterung. Einbezogen wurden nun in erster Linie gemeindeeigene Flächen und wenige private Grundstücke, die für die Erschließung über den Antoniusweg unbedingt erforderlich sind.

Die Beteiligung weniger Privater an dem Baulandentwicklungsverfahren ermöglicht eine schnellere zeitliche Abwicklung. Diese Zeitersparnis spielt eine große Rolle, weil in Plankstadt schnell neuer, bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden muss. Für eine soziale Ausgestaltung und zeitnahe Bebauung ist es wichtig, dass sich die Flächen größtenteils im kommunalen Besitz befinden.

In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Technik- und Bauangelegenheiten am 07.11.2016 wurden vom Geschäftsführer der MVV Regioplan GmbH aus Mannheim, Herrn Dr. Alexander Kuhn ein erster städtebaulicher Entwurf sowie die wesentlichen Verfahrensschritte des Bauleitplan- und Erschließungsverfahrens vorgestellt. Auf der ca. 2,75 ha großen Fläche könnten ca. 8 Grundstücke für die Errichtung von Mehrfamilienwohnhäusern, ca. 32 Reihenhausgrundstücke und ca. 8 Doppelhausgrundstücke gebildet werden, so dass ca. 100 bis 115 Wohneinheiten entstehen würden.

Die Verwaltung schlägt vor, den Bebauungsplan „Antoniusquartier“ zu nennen.

TOP Ö 8

Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 24.11.2016 gefassten Beschlüsse

Bekanntgabe der in der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 24.10.2016 gefassten Beschlüsse:

TOP NÖ 1

Kündigung des Arbeitsverhältnisses einer Bediensteten während der Probezeit

Der Gemeinderat stimmt der Probezeitkündigung nachträglich einstimmig zu. Sofern die Beschäftigte vollständig genesen ist wird geprüft, ob eine anderweitige Beschäftigungsmöglichkeit bei der Gemeindeverwaltung besteht.

TOP Ö 9

**Verschiedenes; Bekanntgaben des Bürgermeisters und Anfragen aus dem Gemeinderat
Bekanntgaben des Bürgermeisters:**

- Es gibt ein neues Trauzimmer im Heimatmuseum des HKK.
- Am 1.12. ist die Eröffnung des Rathausadventskalenders.
- Am 8.12. ist die Seniorenweihnachtsfeier.
- Am 16.12. ist der Seniorenausflug.

Anfragen aus dem Gemeinderat:

GR Christine Grimm (SPD) sagte, dass in Oftersheim bei einer abgelegten Begleithundeprüfung die Hundesteuer ermäßigt würde und schlug dies auch für Plankstadt vor. BGM Drescher sagte zu, sich in Oftersheim zu informieren und den Sachverhalt zu prüfen.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) monierte, dass in der Lessingstraße abends auf dem Gehweg geparkt würde und nicht nur auf den ausgewiesenen Parkflächen. BGM Drescher sagte zu, dass man die Verkehrsteilnehmer in einem ersten Schritt mit einem Hinweiszettel freundlich auf ihr Fehlverhalten aufmerksam machen werde. Dr. Klimpel-Schöffler wies weiter darauf hin, dass die Hinweisschilder zu den Geschäften aktualisiert werden müssten.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass die Post das Briefkastennetz ausgedünnt habe. In dem Briefkasten Neurott 46 könne man die Briefe mit der Hand rausholen, hier müsste regelmäßiger geleert werden. BGM Drescher sagte zu, die Post persönlich anzuschreiben.

GR Christine Grimm (SPD) sagte, dass beim Setzen der neuen Verteilerkästen ohne zu fragen Hecken der Anwohner zurückgeschnitten und beschädigt wurden. BGM Drescher sagte zu, dies persönlich vor Ort anzuschauen.

GR Thomas Burger (GLP) sagte, dass im Bruchhäuser Weg/Eisenbahnstraße parkende Autos alles zustellen würden. BGM Drescher sagte zu, Abendkontrollen zu verstärken.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sprach eine Einladung für die Lenkungsgruppe Sportstätten an. BGM Drescher sagte, es gehe darum zu besprechen, was mit den Sportstätten geschehen soll.

GR Sigrid Schüller (GLP) regte an, dass die FFW einmal mit einem Fahrzeug durch Plankstadts Straßen fahren solle, um zu sehen, ob man überall durchkomme.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) sagte, dass es mittlerweile die Möglichkeit gebe, einen QR-Code auf Grabsteine anzubringen. Man solle prüfen, ob dies Satzungskonform sei.

GR Dr. Felix Geisler (SPD) sprach die Infoveranstaltung zum Breitband an und bat um Informationen, wo Leerrohrsätze überall verlegt seien. BGM Drescher sagte zu, Foliensätze auf die Homepage einzustellen.

